



Nr. 44

September 2021

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

TOP-Thema

Berlin unter'm Regenbogen - Veröffentlichung des LSBTI-Berichts 2021 zur Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)

Pünktlich zur Pride Week wurde im Senat am 20. Juli der [Umsetzungsbericht zur Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“](#) - kurz IGSV - vorgestellt. Genau zwei Jahre zuvor war der [Aktionsplan](#), der nach einem intensiven partizipativen Prozess entstanden war, vom Senat beschlossen worden. Damit macht sich die Regenbogenstadt Berlin stark für Selbstbestimmung von LSBTI und die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Die überwiegende Mehrzahl der Maßnahmen befindet sich in der Umsetzung oder ist bereits abgeschlossen.

Der Bericht umfasst 92 Maßnahmen in neun Handlungsfeldern. Beispielsweise wurden zwei Mikroprojektfonds, einer zu LSBTI-Geschichte und einer zu den Pride Weeks, eingerichtet. Zudem wurde 2020 der bundesweit erste [Monitoringbericht](#) zu trans- und homophober Gewalt veröffentlicht. Im Rahmen der IGSV wurde außerdem ein deutschlandweit erster [LSBTI-Inklusionsfonds](#) eingerichtet, der es Trägern und Projekten ermöglicht, ihre Angebote für die LSBTI-Community inklusiver zu machen und Barrieren für Menschen, die behindert werden, abzubauen.

Verschiedene Querschnittsthemen ziehen sich durch alle Handlungsfelder des Aktionsplans und spielen bei der Umsetzung von Maßnahmen eine große Rolle - so auch [lesbische* Sichtbarkeit](#). Diese zu erhöhen, ist ein wichtiges Ziel des Senats, daher wurden bestehende Projekte verstärkt und drei neue Projekte gestartet. Lesbische* Sichtbarkeit war zudem in 2020 Schwerpunktthema des jährlich stattfindenden „Forums Regenbogenstadt Berlin“. Die Preisverleihung des [2. Berliner Preises für Lesbische* Sichtbarkeit](#) fand im Oktober 2020 statt und stand ganz im Zeichen des Themas „Intersektionalität und Lesbische* Sichtbarkeit“. Nach dem Vorbild Berlins lobte Hessen 2020 zum ersten Mal einen Preis für lesbische Sichtbarkeit aus.



Neuere Handlungsfelder wurden in den letzten zwei Jahren weiterentwickelt und Projekte und Aktivitäten angestoßen. Im Handlungsfeld LSBTI-Geflüchtete wurde beispielsweise die Beratung und Versorgung weiter ausgebaut. Seit Ende 2020 wird ein „Psychosoziales Versorgungszentrum für erwachsene LSBTI-Geflüchtete“ gefördert. Hier werden LSBTI-Geflüchtete durch psychosoziale und therapeutische Arbeit bei der Aufarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen professionell begleitet.

Auch wenn viel erreicht wurde, bleibt es weiterhin wichtig, sichtbar und selbstbewusst für die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTI einzutreten. Es gilt jetzt, nicht nachzulassen und sicherzustellen, dass Maßnahmen weiter fortgeführt werden. Homo- und Transfeindlichkeit sowie jegliche weitere Form von Diskriminierung haben in Berlin keinen Platz – im Gegenteil, dies ist eine Stadt der Selbstbestimmung, Akzeptanz und Vielfalt.

Weitere Informationen, einen IGSV-Erklärfilm sowie den IGSV-Umsetzungsbericht und Maßnahmenplan zum Download finden Sie unter www.berlin.de/igsv.

LADS im Gespräch mit Anne Husemöller



Anne Husemöller leitet seit 2018 das Projekt „Inklusive LSBTIQ*- Infrastruktur“ bei Rad und Tat e.V. Das [Projekt](#) thematisiert Barrieren und Ausschlüsse von Menschen mit Behinderungen innerhalb von LSBTIQ*-Strukturen in Berlin und erarbeitet diesbezügliche Handlungsstrategien. Seit 2020 wird das Projekt durch den LSBTI-Inklusionsfonds der LADS ergänzt, der es Projekten und Organisationen ermöglicht, Angebote für LSBTI-Menschen inklusiver zu gestalten.

Das Thema inklusive LSBTI-Infrastruktur im Rahmen der IGSV ist wichtig, weil ... Barrierefreiheit und Teilhabe von Menschen, die behindert werden, nach wie vor oft eine Randnotiz bleibt – und dies auch in LSBTI-Einrichtungen und -Angeboten. Viele Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen, Krisen- und Psychiatrieerfahrungen haben dadurch keine oder nur sehr eingeschränkte Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Dies muss sich dringend ändern – Barrieren müssen auf allen Ebenen abgebaut werden. Ein Fokus muss hier auch auf intersektionalen Perspektiven liegen.

Inklusion im Bereich LSBTI ist erfolgreich, wenn ... die Strukturen so verändert werden, dass sie den tatsächlichen Bedürfnissen aller entsprechen. Die Perspektiven von mehrfachdiskriminierten Menschen mit Behinderungen müssen dabei in den Mittelpunkt gerückt werden. Der Abbau von Barrieren ist keine Privatangelegenheit von Menschen, die behindert werden, sondern Aufgabe aller.

Mich beschäftigt im Moment, wie ... es uns gelingen kann, Barrierefreiheit und die auch durch den LSBTI-Inklusionsfonds erst entstandenen neuen Zugangsmöglichkeiten dauerhaft zu erhalten und weiter auszubauen. Dazu gehört auch der langfristige Erhalt von barrierearmen Formaten wie z. B. Online-Angeboten oder Homeoffice Möglichkeiten, die während der Pandemie entstanden sind.

Akteur_innen vor Ort

Das Projekt ComE In – stellt sich vor

ComE In – Community, Empowerment, Intersektional entstand 2020 durch eine Kooperation des Migrationsrates Berlin und GLADT e.V. Ziel des Projekts ist die Unterstützung und Förderung von migrantischen, geflüchteten und BIPOC (Black Indigenous People of Color) Selbstorganisationen bei organisationsinternen Sensibilisierungs- und Empowermentprozessen. Denn nur eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Empowermentprozessen auf allen strukturellen und institutionellen Ebenen kann zu einer gleichberechtigten Teilhabe führen. Zum Projekt gehören:

Sensibilisierung: Migrantische, geflüchtete und BIPOC Organisationen und Initiativen werden nachhaltige Handlungstragende im Kampf gegen LSBTIQ-Feindlichkeit, indem sie mit ihren individuellen Teilprojekten Maßnahmen zur Sensibilisierung von LSBTIQ-Themen in ihren jeweiligen Communitys und Organisationen durchführen.

Empowerment: Bestehende und in Gründung befindliche migrantische, geflüchtete und BIPOC LSBTIQ-Organisationen werden mit und in ihren eigenen Strukturen gestärkt, um auch nachhaltig Stärkung bezüglich einer gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Weißer LSBTIQ-Organisationen & -Szeneorte werden zu intersektionaler Diskriminierung und Rassismus beraten, um zu einer größeren Sensibilisierung und Achtsamkeit bezüglich mehrdimensionaler Diskriminierungserfahrungen zu gelangen und somit sicherere Räume zu schaffen zu können.

Unsere Teilprojekte und unsere Arbeit könnt ihr auf unserer [Website](#) und den Sozialen Medien [YouTube](#), [Instagram](#) und [Facebook](#) kennenlernen.

Das ComE In Team



LADS Schlaglichter

Hissen der Regenbogenflagge am 17.05.2021 und 21.07.2021

Zum „Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie“ (IDAHOBIT) am 17. Mai sowie anlässlich des „Berliner Pride Sommers“ am 21. Juli hisste die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung vor dem Gebäude in der Salzburger Straße die Regenbogenflagge. Damit setzte Berlin als Regenbogenstadt ein Zeichen für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz



geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Am 21. Juli fand dies im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung statt, bei der Senator Dr. Dirk Behrendt und Aktivist*innen aus der Zivilgesellschaft einen Input zu den Themen Umsetzung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“, Intersektionalität, Flucht und Lesbische* Sichtbarkeit gaben.

Leider sind derzeit besorgniserregende Entwicklungen in einigen EU-Staaten im Hinblick auf eine trans- und homophobe Gesetzgebung sowie auf den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) zu beobachten. Umso wichtiger ist es, deutliche Zeichen von Solidarisierung, Akzeptanz und Sichtbarmachung zu setzen, um Diskriminierung, Hass und Gewalt gegen LSBTI entgegenzutreten und sichtbar zu sein.

Rainbow Cities Netzwerk (RCN): Ausstellung 2021 und neue Mitglieder



Das vom Land Berlin mitbegründete [Netzwerk der Rainbow Cities \(Regenbogenstädte\)](#) veröffentlicht jedes Jahr zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transphobie eine Ausstellung mit Bildern aus den Mitgliedsstädten. Kuratiert wird die Ausstellung von der Stadt Wien. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt der [Ausstellung](#) auf dem Thema „Intersektionalität“.

Der Berliner Beitrag war ein Bild aus einer Plakatkampagne des bis 2019 von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung geförderten Projektes beim Migrationsrat Berlin mit dem Namen „[MSO Inklusiv!](#)“, das im Rahmen der Umsetzung der IGSV weiterentwickelt wurde und nun „Come In“ heißt (siehe oben). Mittlerweile gehören dem Rainbow Cities Netzwerk [37 Städte](#) an. Zuletzt kamen Wiesbaden, Helsinki (Finnland) und Bordeaux (Frankreich) hinzu.

Mikroprojekte des Berliner Pride Sommers 2021

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung fördert in diesem Jahr Mikroprojekte zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Rahmen des Berliner Pride Sommers. Diesjähriges Schwerpunktthema der Mikroprojekte ist „Queer im Kiez – Nachbarschaft unter'm Regenbogen“. Nach einem Interessensbekundungsverfahren wurden insgesamt zehn Träger aufgefordert, einen Antrag auf Förderung zu stellen. So soll auch die Arbeit der Bezirke stärker in den Fokus gestellt werden, denn Voraussetzung für die Förderung ist eine konkrete Kooperation mit einem Berliner Bezirksamt bei der Aus- und Durchführung der Projekte.

Die Bezirke Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Lichtenberg kooperieren mit den geförderten Projekten und unterstützen deren geplante Veranstaltungen, Straßenfeste, Kiezrundgänge sowie Vorlesungen, Podiumsdiskussionen und Konzerte. Filmvorführungen, Erzählcafés und Workshops runden das Angebot ab.



Berliner Register dokumentieren nun auch antifeministische Vorfälle



Antifeminismus ist kein neues Phänomen. Neu ist jedoch, dass antifeministische Vorfälle zusätzlich zu den bestehenden Kategorien bei den Berliner Registern gemeldet werden können. Dies ist ein wichtiger Schritt, da Antifeminismus bei rechten Terroranschlägen, aber auch in Sozialen Netzwerken zugenommen hat. Die jüngsten Beispiele sind der antisemitische Anschlag in Halle (2019) und der rassistische Anschlag in Hanau (2020). In den Sozialen Netzwerken werden Politiker*innen, Aktivist*innen und Publizist*innen gezielt mit Hetzkampagnen, Shitstorms und Bedrohungen überzogen, um sie aus der Öffentlichkeit zu verdrängen und aus Debatten auszuschließen. Deshalb werden ab 2021 antifeministische Vorfälle als neue Kategorie im Monitoring der Berliner Register erfasst.

Weitere Informationen gibt es auf der [Webseite der Berliner Register](#) [Hier](#) wird erklärt, auf welchen Wegen Vorfälle gemeldet werden können. Mobil auch einfach über die [Antidiskriminierungs-App AnDi!](#)

News aus dem Landesdemokratiezentrum (LDZ)

Das LDZ Vernetzungstreffen „**Klassismus und Diskriminierung aufgrund des Sozialen Status entgegenwirken – Ansatzpunkte für die Berliner Präventionslandschaft**“ mit einem Vortrag von Francis Seek und Katrin Reimer-Gordinskaya war mit 120 Teilnehmenden sehr gut besucht. Die [Dokumentation finden Sie hier](#).

Save the Date: Das nächste LDZ-Vernetzungstreffen „**Antifeminismus und Sexismus entgegenwirken – Geschlechterreflektierte Ansätze in der Präventionsarbeit**“ findet online am **26.10.2021** von 9:30 bis 16 Uhr statt! Anmeldungen sind [hier](#) möglich.

Das **Onlineportal „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“** hat jetzt einen **Newsletter**, der regelmäßig über aktuelle Veranstaltungen, Publikationen und Projekte informiert! Newsletter abonnieren unter: http://www.demokratie-vielfalt-respekt.de/ger/an_abmelden.php.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Unterzeichnung der Rahmendienstvereinbarung zu den AGG-Beschwerdestellen

Im September 2021 wird die Rahmendienstvereinbarung zu den Beschwerdestellen gemäß § 13 Abs. 1 S. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (RDV AGG) durch den Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Dr. Dirk Behrendt, den Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz und die Vorsitzende des Hauptpersonalrats Daniela Ortmann unterzeichnet. Damit findet ein im August 2019 angestoßener Prozess seinen Abschluss, der in der Berliner Verwaltung einheitliche Voraussetzungen für die Arbeit der Beschwerdestellen schaffen und die Beschäftigten zur Wahrnehmung ihrer Antidiskriminierungsrechte ermutigen soll. Im [LADS-Infobrief Nr. 43 vom April 2021](#) haben wir über die Hintergründe und den Auftakt der Verhandlungen berichtet.

Die Rahmendienstvereinbarung gilt für alle Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst einschließlich der Richter*innen und Staatsanwält*innen. Für die Berliner Verwaltung wird damit eine zugängliche und gestärkte Beschwerdeinfrastruktur mit klaren Kompetenzen und Abläufen bei den Beschwerdestellen geschaffen. Zu diesem Zweck enthält die RDV AGG Regelungen über die Zusammensetzung, das Verfahren, die Aktenführung und die Rechte der Beschwerdestellen und über die Rechte der Beschäftigten.

Die LADS wird die Beschwerdestellen in ihrer Arbeit durch halbjährlich angebotene Vernetzungstreffen unterstützen und begleiten sowie die Jahresberichte der Beschwerdestellen auswerten.

Diversity-Netzwerktreffen auf Kommunal- und Landesebene am 10./11.06.2021



Diversity-Netzwerke

Am 10. und 11. Juni hat das elfte Treffen des Diversity-Netzwerks auf Kommunal- und Landesebene stattgefunden. An dem digitalen Treffen haben Vertreter*innen aus 17 Bundesländern und Kommunen teilgenommen. Der Schwerpunkt des Austauschs lag diesmal auf Verbindungslinien zwischen Diversity-Ansätzen und antirassistischen Strategien. Den Eingangsvortrag hielt Jeff Kwasi Klein vom Verein [FOTO](#). Er gab einen Einblick in die heterogenen Lebenssituationen Schwarzer

Menschen, berichtete über antirassistische Aktivitäten und ging dabei auf die Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in verschiedenen Bundesländern ein. Im Anschluss wurden drei Verwaltungsinitiativen zur Bekämpfung von Rassismus vorgestellt: Stanislaw Paulus, LADS Berlin, stellte die [Berliner Umsetzung der UN-Dekade](#) vor. Danijel Cubelic und Evein Obolur, Stadt Heidelberg, präsentierten die [Europäische Städtekoalition gegen Rassismus](#). Fabian Stangier, Stadt Köln, erläuterte den geplanten Prozess zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes der Stadt Köln.

Alle Inputs wurden sehr interessiert aufgenommen. Der Fokus lag darauf, voneinander zu lernen und Anregungen für Umsetzungsprozesse im jeweils eigenen Kontext mitzunehmen. Der zweite Tag des Netzwerktreffens war dem kollegialen Austausch zu weiteren aktuellen Themen gewidmet.

Eine aktualisierte Broschüre des Diversity-Netzwerks auf Kommunal- und Landesebene, in der die Arbeit und die Mitglieder vorgestellt werden, können Sie [hier herunterladen](#).

LADS Publikationen und Merkzettel

Programmorschau zu Fortbildungsveranstaltungen der LADS-Akademie

Die **LADS-Akademie** bietet auch in den nächsten Monaten noch Fortbildungsveranstaltungen an! Die einzelnen Termine werden nach und nach auf der [Seite der LADS-Akademie](#) veröffentlicht. Es lohnt sich, regelmäßig vorbeizuschauen! Bei einigen Veranstaltungen kooperieren wir wieder mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Wie immer finden alle Präsenz-Veranstaltungen an barrierefreien Orten statt und bei Bedarf werden selbstverständlich alle Angebote in deutsche Gebärdensprache (DGS) übersetzt.

Wir sind gespannt, wie Ihnen das neue Programm der LADS-Akademie gefällt und freuen uns, Sie schon bald bei den Trainings zu begrüßen!



Ein [Blick ins Programm](#):

30.09.2021 | Sexistische Diskriminierung am Arbeitsplatz

25.10.2021 | Anti-Rassismus-Training

27.10. + 28.10.2021 | Diversity Training: Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt (LSBTI)

02.11.2021 | Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

08.11.2021 | Verschwörungserzählungen

15. + 16.11.2021 | Diversity-Training: Intersektionalität

Bildnachweise: S. 1, S. 3 unten, S. 6 mittig u. S. 7 unten: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung; S. 2: Anne Husemöller; S. 3, oben: ComeE, Migrationsrat Berlin, Glad e. V.; S. 4, oben: Grafiker El Boum, Migrationsrat Berlin; S. 4, unten: Paula Panke e.V.; S. 6, oben: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; S. 7, oben: Berliner Register

Impressum:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Abteilung Antidiskriminierung / Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)
Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin, Tel. 90 13 3460, www.berlin.de/lads